

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Geinr. Jährenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck: Verlags- u. Anstalt Joh. van Nehen, Krefeld, Luth. Kirchstr. 63, Tel. 216 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.- M.

Nummer 27

Düsseldorf, den 4. Juli 1931

Verl. u. Anst. Krefeld

Nun aber Schluss!

Die mit Spannung und Besorgnis erwartete Notverordnung der Reichsregierung ist Gesetz geworden. Es soll das die letzte Notverordnung dieser Art sein. Dieser hoffnungsvollen Meinung gibt auch die Reichsregierung in ihrem Aufruf Ausdruck. Notverordnungen dieser Art lassen sich — selbst wenn es sein müßte — nicht mehrmals wiederholen, wenn nicht das Gegenteil dessen, was damit bezweckt wird, erreicht werden soll, nämlich der völlige wirtschaftliche Zusammenbruch, der einen ebenso völligen politischen Zusammenbruch im Gefolge haben würde.

Das soll kein Vorwurf sein gegen die Reichsregierung und am allerwenigsten gegen den Reichskanzler. Ein solcher Vorwurf wäre unbegründet und ungerecht. Die Reichsregierung handelt pflichtgemäß, wenn sie, soweit das unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt möglich ist, die Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen sucht. Daß sie dabei zu dem Mittel der Notverordnung greifen muß, ist nicht ihre Schuld. Das zu sagen ist notwendig in Anbetracht der maßlosen Hege, die allenthalben gegen die Reichsregierung getrieben wird und zwar von denen, die an den Zuständen, die die drückenden Maßnahmen der gegenwärtigen Reichsregierung zur zwingenden Notwendigkeit machen, am meisten schuld sind. Denn daß die maßlose parteipolitische Agitation beständig unter politischen Gruppen und das andauernde Drohen mit mehr oder minder gewaltsamen Revolutionen in hohem Maße zur Verschlechterung der Wirtschaftslage und zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit beiträgt, steht außer Zweifel. Wenn dauernd und so gewissenlos, wie es geschieht, jeder Versuch Ordnung zu schaffen, heruntergerissen wird, dann geht schließlich jedes Vertrauen und jeder Glaube an die Zukunft verloren. Damit aber auch jede wirtschaftliche Initiative, jeder Wille zur Selbstbehauptung. Die sich damit als die Erneuerer und Erneuerer Deutschlands aufspielen, werden zum Totengräber der deutschen Zukunft, wenn sie sich, unterstützt von irreführenden Mitläufern, weiterhin in der bisherigen Weise austoben können. Aber auch die Sozialdemokratie hat keinen berechtigten Grund, sich entrüstet zu stellen. Denn die Stellung der heutigen Reichsregierung wäre um vieles leichter und ihre Maßnahmen wären weniger schwer, wenn nicht so viele Fehler einer Politik zu berichtigen wären, die die Sozialdemokraten zu verantworten haben. Die Sozialdemokratie war wohl geschickt und ist es noch, Machtpositionen im Staat parteipolitischen Zwecken nutzbar zu machen, sonst aber hat sie kläglich versagt. Im übrigen könnte gegenwärtig auch eine anders zusammengesetzte Reichsregierung nicht anders, als vom Volk größte Opfer zu verlangen.

Das zu sagen und zu beachten ist notwendig. Nicht als ob die gegenwärtige Reichsregierung uns außerordentlich gut gefallen würde und wir ihr irgendwie verpflichtet wären. Die christlich organisierte Arbeitnehmerschaft hat noch immer den Mut gehabt und die innere und äußere Freiheit, sich für Maßnahmen einzusetzen, die vom weitestgehenden Gegner ausgingen, insofern sie von deren Notwendigkeit und Nützlichkeit überzeugt war. Und ebenso hatte und hat sie den Mut und die dazu erforderliche Freiheit, Maßnahmen zu kritisieren und abzuwehren, wenn sie von Gleichgesinnten veranlaßt sind, wenn es ihre Überzeugung erfordert. Es ist keine andere Berufsorganisation von der gleichen Bedeutung parteipolitisch im selben Maße unabhängig, wie die christlichen Gewerkschaften. Aber gerade das ermöglicht es uns, der gehässigen Hege gegen die Regierung entgegenzuwirken und dem gewissenlos verbreiteten und gefährlichen Irrtum, die Ursache unserer Not sei bei der Regierung zu suchen und durch einen Wechsel in derselben zu beheben. Diesem Irrtum entgegenzuwirken sind wir um der Gerechtigkeit und um unseres Volkes willen, aber auch im eigenen Interesse verpflichtet.

Die Anerkennung der Notwendigkeit der letzten Notverordnung schließt aber nicht eine vorbehaltlose Zustimmung in sich. Zwar wird dieses Notgesetz von allen Seiten heftig kritisiert und fast allgemein abgelehnt. Aber das ist kein Beweis dafür, daß die damit auferlegten Lasten gleichmäßig und gerecht verteilt sind. Am meisten Grund, sich dagegen zu wehren und eine Abänderung anzustreben, hat die Arbeitnehmerschaft. Sie bringt das größte Opfer! Die Größe eines Opfers richtet sich ja nicht nach dessen Ertrag, sondern wird bestimmt von der Leistungsfähigkeit desjenigen, der es bringen muß. Wer vom Ueberfluß gibt, bringt überhaupt kein Opfer. Und wer seinen Besitz, Vermögensreserven dazu heranziehen muß, gibt immer noch nicht so viel wie jene, denen vom Notdürftigsten genommen wird. Die christliche Arbeitnehmerschaft hat immer wieder bewiesen, daß sie für die Lage anderer volles Verständnis hat. Mehr Verständnis als andere für die große materielle und seelische Not der Arbeitnehmerschaft. Wir sind — mögen böswillige Gegner auch das Gegenteil behaupten — noch nie der

Volk in Not!

Unter diesem Zeitgedanken nimmt der 1. Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Kollege Bernhard Oite, im „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften eingehend Stellung zur Notverordnung. Wir geben nachfolgend einen Auszug aus den Schlussfolgerungen der ersten und wertvollen Ausführungen wieder.

„Die Notverordnung muß als ein Mittel, um zu einer Gesundung zu kommen, angesehen werden. Die Maßnahmen und Bestimmungen sind ein Ausdruck dafür, daß der Weg zur Gesundung nicht leicht und nicht kurz sein wird. In dieser schweren Zeit ist es Pflicht aller Staatsbürger, an der bestmöglichen Gestaltung der Verhältnisse tatkräftig mitzuwirken. Leider haben wir in Deutschland Parteien und Strömungen — ein Teil von ihnen erhebt dabei noch Anspruch darauf, die nationale Gesinnung allein in Erbpacht genommen zu haben — die sich anscheinend darüber freuen, wenn es dem Staat und damit dem Volke schlecht geht. National ist diese Haltung nicht.

National sein, verlangt vor allem, sich einsetzen für das Wohl des Ganzen und aus innerer Sorge um Volk und Vaterland mitarbeiten und zu persönlichen Opfern bereit sein.

Wenn es nach den Rezepten vieler derjenigen ginge, die die Regierung bekämpfen, dann wäre der Zusammenbruch bald da. Die Arbeitnehmerschaft hat von der Herrschaft der Extremen nichts zu erwarten. All das, was mühsam durch gewerkschaftliche und gesetzgeberische Arbeit erreicht wurde, würde dann verschwinden und eine gewaltige Steigerung des bereits vorhandenen Elends eintreten.

Im Zusammenhang mit den Notverordnungen, die die Lasten und Opfer vermehren, gewinnt auch die Reparationsfrage eine erhöhte Bedeutung. Unbestreitbar erhöhen die Reparationen die Schwere und das Ausmaß unserer Not. Abgesehen von der wirtschaftlichen Unmöglichkeit, sind die Reparationen auch ein ungeheuerliches Hindernis für den Wiederaufbau, der auf der Grundlage der Weimarer Verträge am 1. Januar 1923 begann. Die Reparationen sind ein als baldige tragbare Regelung der Reparationen und müssen die Regierung in ihrem Bestreben, eine Neuregelung herbeizuführen, tatkräftig unterstützen.

Ein weiteres: je größer die Not, um so mehr braucht ein Volk die Kraft der Selbsthilfe. Weite Kreise der Landwirtschaft, insbesondere der Landbau, verlangen Staatshilfe für sich und lehnen gleichzeitig die Staatshilfe für die Arbeitnehmerschaft ab. Die Industrie will weiter Preis- und Kartellschutz durch den Staat, aber freie Lohnfestsetzung unter Unwirksammachung oder gar Aufhebung des Schlichtungswesens.

Es gilt für die Arbeitnehmerschaft, sich in der Zukunft verstärkt auf die Selbsthilfe zu besinnen.

Stärkt die Reihen!

Das muß die Parole der nächsten Zeit sein. Eine ganze Anzahl von konkreten und wichtigen Aufgaben

Not eines anderen Standes gleichgültig gegenübergestanden. Wir brauchen nur daran zu erinnern, wie bereitwillig die christliche Arbeitnehmerschaft trotz eigener großer Not Opfer auf sich genommen hat, um die Notlage der Landwirtschaft zu mildern; obwohl der größte Teil der landwirtschaftlichen Arbeitnehmerschaft jeden gehässigen Vorwurf gegen die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung aufweist und eifrig weiterverbreitet. Uns war die Not anderer nie so fremd, wie den anderen unsere Not seit jeher gewesen ist. Wir sind also wirklich nicht verdorrt. Was sich aber jetzt im Kampf um und gegen die Notverordnung abspielt, das übersteigt die Grenzen des Genossentums in beschämender Weise! Das Unternehmertum protestiert gegen die Belastung der Wirtschaft. Dazu ist es berechtigt. Dazu kann es, wenn es sich für die Wirtschaft verantwortlich fühlt, sogar verpflichtet sein. Wenn aber dieser Protest in einer Form erhoben wird, als hätten die Unternehmer die Belastungen der Wirtschaft persönlich und unter Entbehrungen zu tragen, dann wirkt das im Hinblick auf die durch nichts gerechtfertigten hohen Bezüge und den großen persönlichen Aufwand in diesen Kreisen geradezu schrecklich! Die Beamtenorganisationen lassen Proteste los in einer Schärfe, als wäre die Beamtenerschaft das einzige Opfer unserer Not und nicht der ausgeblähte Beamtenapparat die Hauptursache unserer Finanznot! Daß sie protestieren, ist ihr Recht. Es könnte sogar ihre Pflicht sein, wenn sie dagegen protestieren würden, daß die höher bezahlten Beamten nicht stärker belastet wurden zu Gunsten der niedriger bezahlten. So aber wird behauptet, die Beamtenerschaft sei allgemein zu hoch belastet und untragbaren Entbehrungen ausgesetzt. In welcher Form sollen nun die vielen protestierenden Beamten ihre lange Entbehrungen und bitterste Not in Gestalt gezeichnet ist! Deren Lebensunterhalt in keiner Weise gesichert ist! Die nicht einmal wissen, wo sie das nötige Brot für den nächsten Tag hernehmen sollen! Die nicht wissen, wann ihre und ihrer Familien Not enden wird!

drängen sich Tag für Tag an uns heran. Sie können nicht allein auf dem Wege der Staatshilfe gelöst werden. Da ist zunächst die Lohngestaltung und der Lohnabbau. Die Berechnungen des Reichsarbeitsministeriums zeigen uns, daß auf den amtlichen Lohnabbau nur etwa ein Drittel des gesamten Lohnabbaues entfällt. Der außeramtliche Lohnabbau (Beschneidung der Akkorde usw.) beträgt etwa doppelt soviel wie die Kürzung der tariflichen Zeittätigkeit durch das amtliche Schlichtungswesen. Mit dem Staatsapparat kann aber nicht in jedem Betrieb bis in alle Einzelheiten hinein das ganze Akkorde- und Lohnwesen geregelt werden. Hier muß sich die Arbeitnehmerschaft selber rühren. Sodann bringt die Notverordnung die Möglichkeit der Arbeitsstreckung. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, in all den Gewerben, wo eine Arbeitszeitverkürzung ohne Schaden eingeführt werden kann, geeignete Vorschläge zu machen und nachdrücklich auf die Verwirklichung einer möglichen Arbeitszeitverkürzung zu drängen. Ueberhaupt muß Senkung der Gehaltsgehältern außerhalb der Löhne und der Sozialbeiträge die Lösung sein. In diesem Zusammenhang gewinnt, außer den Fragen der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, der Zinsensenkung usw., vor allem auch die Frage der Senkung der Lebenshaltungskosten eine große Bedeutung. Preissenkungen können nicht ohne weiteres und auf allen Gebieten von der Regierung angeordnet und durchgeführt werden. Auch hier ist die Mitarbeit und dann auch die Unterstützung eigener Einrichtungen seitens der breiten Massen der Bevölkerung notwendig.

Die Nöte und Schwierigkeiten, unter denen wir leiden, werden erhöht durch den Mangel an Opferbereitschaft und den brutalen Interessenegoismus weiter Kreise.

Wir wissen, daß ein Volk, besonders in so schweren Stücken muß. Das Versagen des Materialismus tritt heute kräftig in die Erscheinung, er erzeugt Edele und Leere da, wo Kraft und Aufstieg notwendig sind. Die Schlußfolgerung hieraus ist für uns wiederum, an der weiteren Stärkung der Bewegung zu arbeiten. Sie hat gerade in dieser Zeit durch eine Arbeit, die vom Boden christlicher Weltanschauung aus geleistet wird, eine große und hohe Aufgabe zu erfüllen.

Nützen wir die Zeit zu ernster Arbeit. Erhöhen wir die gewerkschaftliche Kraft und Aktivität. Die Gefahren der Zukunft sind groß. Ihnen kann nur mit Opferbereitschaft, mit gewerkschaftlicher Treue und hingebender Arbeit begegnet werden.

Die Schmollenden und Jammernden, die Launen und Absichtsstehenden werden das Schicksal nicht wenden, sondern nur die Opferbereiten, Aktiven und in pflichtbewußter Arbeit sich für das Ganze Einsetzenden.

Was vom Standpunkte der christlichen Gewerkschaften aus zu dieser Notverordnung zu sagen ist, das kommt in der Hauptfrage in der Entschleunigung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Ausdruck. Hier soll aber mit Nachdruck wiederholt werden, daß es nun ein Schluss sein muß! Weitere Belastungen sind nicht mehr zu tragen und die gegenwärtigen ohne größtmöglichen Schaden nicht einmal kurze Zeit. Vor allem muß eine Erleichterung unserer Tributlasten angestrebt werden! Wir wissen, daß das nicht so leicht und so einfach zu erreichen ist, wie Parteitagiatoren und Demagogen behaupten. Aber angestrebt muß dieses Ziel nun mit allen verfügbaren Mitteln werden. Vor allem Welt kann und muß festgestellt werden, daß wir die uns gewaltam abgezwungenen Opfer, die hauptsächlich Frankreich dazu mißbraucht, sich und seine Vasallen gegen uns zu bemächtigen, nicht mehr zu leisten in der Lage sind.

Schluss muß es nun auch damit sein, daß dem Volk größte Opfer auferlegt werden, Reich, Länder und Gemeinden ihren unnötig aufgeblähten und üppigen Verwaltungsapparat aber nicht einschränken! Es müssen die Ausgaben den Einnahmen angepaßt werden. Nicht in der Weise, daß den Hungerigen das Brot vom Tisch genommen wird. Es muß der lähmende Verwaltungsapparat merklich verkleinert werden. Das mag nicht ohne Härten durchzuführen sein. Die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes ist aber mit noch unerträglicheren Härten verbunden.

Und Schluss muß es sein mit den dummen Nebensarten gegen den letzten gesetzlichen Schutz der Arbeitnehmerschaft! Das Unternehmertum, das dem Staat die ganze Verantwortung und der Allgemeinheit das ganze Risiko zuschieben will und dazu noch verlangt, daß ihm die Arbeitnehmerschaft recht und hilflos ausgeliefert wird, erklärt sich selbst als unfähig und überflüssig! Es muß seine Existenzberechtigung beweisen, indem es den großen Widerspruch zu lösen bemüht ist, daß Millionen Menschen bittersten Mangel leiden, weil der Ueberfluß zu groß ist.

Wie ist das Ende?

Ein langjähriger Betriebsratsmitglied unseres Verbandes schreibt uns:

In einem Betriebe der Vereinigten Seidenwebereien A. G. verlangte die Betriebsleitung die Zustimmung des Arbeiterrats zur Einführung der Nachtschicht und des Dreifüßsystems in der Konfektionsabteilung. Nach eingehender Beratung innerhalb des Arbeiterrats und nach Anhören der Belegschaft, wurde einstimmig abgelehnt. Der Arbeiterrat zu der Entscheidung, beides abzulehnen.

Zu diesem Entschluß wurde der Firma folgende Begründung überreicht:

Es muß jedem Facharbeiter einer Weberei unbedingt einleuchten, daß es unmöglich ist, die Intensität der menschlichen Arbeitskraft bei Nacharbeit auf der gleichen Höhe zu halten, wie dies bei Tage möglich ist. Hinzu kommt durch die ununterbrochene Ausnutzung der Maschinen eine erhöhte Reparaturbedürftigkeit, welche sich beim Arbeiter durch höhere Ausfallstunden bemerkbar macht. Diese werden noch gesteigert durch schnelleren Kettenabgang. Es wird also durch vorstehende Tatsachen ein Einnahmeausfall zu verzeichnen sein.

Andererseits ist es nicht abzuleugnen, daß bei den in Frage kommenden Arbeitern ein Mehraufwand im Haushalt entsteht, der besonders stark in den Familien zu Tage tritt, deren Mitglieder zu verschiedenen Tageszeiten zur Arbeitsstätte müssen.

Dieser Einnahmeausfall auf der einen und erhöhte Ausgabe auf der anderen Seite können nicht herabgemindert werden, weil die Firma jedwede Vergütung für die Nachtschicht ablehnt. Auf die gesundheitschädlichen Auswirkungen der Nachtschicht, besonders des Augenlichtes, des kostbarsten Gutes des Webers, ist noch besonders hinzuweisen, und sicherlich ist die Einführung der Nachtschicht nicht in Einklang zu bringen mit der gerade in der heutigen Zeit notwendigen Förderung und Pflege des Familienlebens.

Nebenbei aber nahm der Arbeiterrat Gelegenheit, noch auf ein Kuriosum hinzuweisen, daß innerhalb des Konzerns der Vereinigten Seidenwebereien A. G. auf der einen Seite die Arbeit nicht benützt werden kann, während auf der anderen Seite Betriebe stillgelegt werden. Zudem handelt es sich ja nicht darum, Bestellungen fertig zu machen, sondern darum, Aufträge entgegennehmen zu können.

Zum Dreifüßsystem ist folgendes zu erwähnen: Der Firma ist es bekannt, daß es vielen Arbeitern fast nicht möglich ist, auf zwei Stühlen zureichende Ware herzustellen. Wie soll dies auf drei Stühlen möglich sein? Dann sei auch hier auf die gesundheitschädlichen Schäden hingewiesen. Ist doch das Nervensystem des Arbeiters bei der heutigen Lohntage schon bei Bedienung von zwei Stühlen über Gebühr in Anspruch genommen. Es ist nicht nur in einem Falle vorzunehmen, daß ein Arbeiter unmöglich ist, infolge Überreizung der Nerven — das Mittagessen in Ruhe zu sich zu nehmen.

Dann muß der Arbeiterrat unbedingt darauf hinweisen, daß gerade der Hinweis der Firma, mehr Arbeiter einzustellen, durch die Einführung des Dreifüßsystems, wenn nicht im Augenblick, so doch auf die Dauer illusorisch gemacht wird. Auf sechs Stühlen wird ein Arbeiter übrig, welcher der Öffentlichkeit zur Last fällt. Das bedauernde Heer der Arbeitslosen wird durch solche Maßnahmen weiter vermehrt.

Einer solch kurzschichtigen Wirtschaftspolitik kann der Arbeiterrat seine Zustimmung nicht erteilen.

Zum Schluß machte der Arbeiterrat die Feststellung, daß die Arbeiterschaft des Betriebes sich auf einer Belegschaftsversammlung nach einer eingehenden Aussprache einstimmig mit dem Arbeiterrat einig erklärt und ebenfalls die Einführung der Nachtschicht und des Dreifüßsystems abgelehnt hat.

Außerdem fand auch eine Sitzung unter Hinzuziehung der Gewerkschaftsführer und des Betriebsleiters

erhalten. Auf dem Dreifüßsystem müßten wir unbedingt bestehen, wenn wir mitbewerbsfähig bleiben wollen. Andere Betriebe machen es, und wir müssen den Kummel mitmachen. Der Vorstand erklärt einfach, wenn die Leute in Anstich nicht wollen, so lassen sie es bleiben, und die Aufträge werden eben in anderen Betrieben gemacht. Die Betriebsleitung legte dies dahin aus, daß für die Zukunft dieser Beschluß für unsern Betrieb von katastrophaler Wirkung sein werde. Dies ist nicht mißzuverstehen.

Es ist uns nicht möglich, einen Zuschlag zu bezahlen, weil wir bei dem heutigen Preisstand der Artikel jetzt schon fast ohne Verdienst den Betrieb aufrecht erhalten. Auf dem Dreifüßsystem müßten wir unbedingt bestehen, wenn wir mitbewerbsfähig bleiben wollen. Andere Betriebe machen es, und wir müssen den Kummel mitmachen. Der Vorstand erklärt einfach, wenn die Leute in Anstich nicht wollen, so lassen sie es bleiben, und die Aufträge werden eben in anderen Betrieben gemacht. Die Betriebsleitung legte dies dahin aus, daß für die Zukunft dieser Beschluß für unsern Betrieb von katastrophaler Wirkung sein werde. Dies ist nicht mißzuverstehen.

Die Grenze ist erreicht!

Knapp viertausend Einwohner zählt ein einst bedeutendes Textilstädtchen der Oberlausitz. Scheuertuch- und Deckenfabrikation, Herstellung baumwollener Flanelle und Hemdentuche standen in hoher Blüte. Das Arbeitsgebiet der Scheuertuch- und Deckenfabrikation reichte bis nach Indien. Die weltwirtschaftliche Umstellung in der Textilindustrie, der Art, daß frühere Abnehmer heute Herstellungsländer geworden sind, Rationalisierung und die besonders schlechte Wirtschaftslage Deutschlands haben die Industrie dieses Städtchens fast zum Erliegen gebracht. Hinzu kommt, wie in vielen Fällen, daß durch schlechte Kreditversorgung der persönliche Unternehmergeist zum Erliegen kommt, an dessen Stelle dann ein Konzern, Syndikat oder Trust tritt, mit einem mächtigen Bankkonzern im Hintergrund, das eine durchaus einseitige Interessenpolitik treibt, die gewöhnlich nur eine Schwelgerezeitigt, oder auf Kosten der Masse, d. h. der Arbeiterschaft geht. Selbst in Zeiten guter Konjunktur, wie 1927/28, hatte die Arbeiterschaft dieses Ortes nur einen niedrigen Lohn. Der Stundenlohn eines Baumwollwebers (4 Stühle) betrug 0,72 RM., der Wochenlohn 34,50 RM. Ein Decken- und Scheuertuchweber hat ein Verdienst von 0,54 RM. Stundenlohn oder ein Wochenverdienst von 25,90 RM. Ein solches Verdienst reicht kaum so weit, um die notwendigen Bedürfnisse des Lebens zu bestreiten. Ist eine größere Familie vorhanden, meinetwegen 4-6 Kinder und Eltern, so ist die Frau und Mutter gezwungen, mitzuverdienen, um die Familie zu erhalten. Rücklagen oder Ersparnisse für eine schlechte Zeit zu machen, ist bei einem solchen Verdienst nicht möglich. Wenn nun der einzige Industriezweig eines Ortes zum Erliegen kommt, so ist die Not in solchen Orten besonders groß.

Diese kleine Textilstadt hat heute 600 Arbeitslosen- und Arznenunterstützungsempfänger, 95 beziehen Wohlfahrtsunterstützung und 200 sind gänzlich ausgesteuert. Von knapp 4000 Menschen rund 900 ohne Arbeit! Die Not und das Elend in den Familien sind außerordentlich groß.

Vom sachlichen Wohlfahrtsministerium habe ich über die geistliche Arbeiterhilfe eine Gesandte zur Veränderung besonders großer Not in den Familien erhalten. Ich habe das Geld persönlich den Familien überbracht und greife nun einige Fälle heraus. Es sind, wohlgeachtet, keine Einzelfälle; ich will daran zeigen, daß der Arbeiterschaft weitere Opfer nicht mehr zugemutet werden können.

In einer fünfköpfigen Familie ist der Vater längere Zeit arbeitslos, die Frau halbinvalid, drei Kinder im Alter von 9, 7 und 5 Jahren. Der Vater erhält 16,20 RM. Arbeitslosenunterstützung. Die Wohnung besteht aus Stube und Kammer, in der die ganze Familie schläft. An

Auf der einen Seite immer mehr Belastung der Arbeitskraft und Verminderung des Einkommens. Ist doch gerade der Akkordverdienst durch Einführung der neuen Kunstseiden-Artikel ganz rapide gesunken. Hatte früher der Stüchmann einen Verdienst von Zeitlohn plus 50-60 Prozent, so kommt heute ein Prozentsatz plus 20-25 Prozent heraus, was einem Durchschnittshundenverdienst von 67-70 Pfg. entspricht.

Auf der anderen Seite muß mit einer Stilllegung des Betriebes gerechnet werden. Was ist nun die Folge dieser planlos fortschreitenden Technik und Rationalisierung? Die Maschinen werden immer vollkommener. Arbeitskräfte eingesparrt. Das Arbeitslosenhier wächst unheimlich. Die Stimmung der Arbeiter nähert sich dem Siedepunkt. Sagen doch schon die Vernünftigen: „Man möge uns doch gleich zehn Stühle geben, desto eher bricht die Geschichte zusammen.“ Die Herren Wirtschaftsführer denken nur an das Heute und Morgen. Auf die Frage, „wie ist das Ende bei solchen Maßnahmen?“, werden die Achseln gezuckt und geantwortet: „Wir müssen den Kummel mitmachen.“

Erfolgt hier keine Aenderung, so ist das Ende kein gutes, und sämtliche Notverordnungen der Welt können uns nicht helfen. I. J.

Miete muß 9.— RM. pro Monat bezahlt werden. Es fehlt an notwendigen Kleidungsstücken. Mit schweren, schweren Sorgen sieht man der Zukunft entgegen.

Eine siebenköpfige Familie bewohnt zwei Stuben und Küche in einem Neubau, zahlt 22,50 RM. an monatlicher Miete. Der Verdienst des Mannes beträgt 30.— RM. pro Woche. Er war schon Bezahler von Wohlfahrtsunterstützung, als es endlich einmal wieder gelang, Arbeit zu bekommen. Auch hier ist Frau Sorge ständiger Gast. Es sind kleinere Säuglinge zu versorgen. Die Frau zeigt mit ihrem Wäschebestand. Alles sauber und ordentlich, aber gestickt, daß es bald scheint mir, der Mühe nicht mehr lohnt. Die älteste Tochter, die jetzt zur Schulentlassung gekommen war, ist in ein Arbeitsverhältnis noch nicht unterzubringen. Ein neunjähriger Sohn ist unterhalts unfähig.

In eine Familie komme ich, da sind sechs Kinder vorhanden. Der älteste Junge ist neun Jahre alt. Der Vater ist schon lange arbeitslos. Brot und Kartoffeln sind für den Sonntag noch gerade vorhanden, für Butter und ein Stückchen Fleisch hat es nicht mehr gelangt. Die Unterstützung wird erst am Montag ausgezahlt. Der herzliche Dank für die kleine Geldspende ist rührend, und es tut weh, an Stelle von Arbeit nur eine kleine Geldspende geben zu können.

Ich habe noch viele Familien aufgesucht, in denen die Verhältnisse ähnlich liegen. Andere Familien, die schon erwachsene Söhne und Töchter haben, klagen über die letzte Notverordnung; wovon soll der selbst arbeitslose Vater seine erwachsenen Kinder unterhalten? Ich bin Zeuge einer Szene, die mir viel zu denken gibt. Das Familienleben leidet außerordentlich unter dieser finanziellen Not. Wir brauchen uns über die Notwendigkeit jeder Vernunft haben. Jugend nicht zu wässern. Hier liegt die Ursache!

Dann gibt es auch Familien, die mit Mut und Vertrauen auf eine bessere Zeit diese Notzeit zu ertragen wissen. Sie sind nur noch wenige und weiter im Schwimmen begriffen. Am niederdrückendsten in den meisten Familien ist die tiefe Resignation, die alle Familienmitglieder befallt. Man findet sich ab mit einem Zustand, der auf die Dauer nicht menschenwürdig ist. Es besteht Gefahr, wie Prof. Brauer auf unserm letzten Verbandstag sagte, daß diese Menschen wieder ins Lumpenproletariat herabsinken. Das darf aus kultur- und staatspolitischen Gründen nicht sein.

Wir haben als Gewerkschaftsbewegung große Aufgaben zu erfüllen. Helfen wir, den Mut und die Hoffnung in diesen Menschen wach zu halten und alle Kräfte zu gebrauchen, um schwerste Not zu lindern und unser Teil zur Behebung der Wirtschaft beizutragen! I. J.

Die geschichtliche Genossenschaft

Dies mal ruhig weiter, denke nicht: Ueber den Genossenschaftsdenken bin ich genügend unterrichtet. Die folgenden Ausführungen betreffen sich nämlich nicht mit Konsumgenossenschaften usw. Es soll vielmehr gezeigt werden, daß auch die Gewerkschaften im geschichtlichen Sinne Genossenschaften sind.

Drei Zeitabschnitte genossenschaftlicher Blütezeit sind in der deutschen Geschichte deutlich erkennbar. Bis um 800 herum hatten wir die Mark- und Dorfgewerkschaften. Sie begründeten sich auf dem Privateigentum an Grund und Boden. Freie Bauern oder auch einzelne Sippen (Großfamilien) verbanden sich, um die Wirkung der Natur vor Schicksalsschlägen der Natur, wilden Tieren und besonders vor kriegerischen Überfällen zu schützen. Später setzte der Verfall der Markgenossenschaften ein, der bis 1200 dauerte. Einzelne Stärkere machten sich zu Herrschern über die freien und gleichen Markungsgenossen bzw. über die Stammesgenossen. Sie wollten nicht nur führen, sondern herrschen. Der Herrschaftsverband prägte den Genossenschaftsverband.

Von 1200 bis 1500 entwickelten sich die Stadt- und die Handwerker-Genossenschaften. Hörige Handwerker der Fronhöfe, Freigelassene und Bauern vereinigten sich genossenschaftlich in den städtischen Zünften sowie Gilden, um die Herrschaft der Grundbesitzer abzuschütteln. Die kleinen und primitiven Städte entwickelten sich sehr langsam aus den Märkten und Markflecken. In jener Zeit galt das Wort: Stadtluft macht frei. Der Dienst des Handwerkers bei einem Gutsherrn mit seinen Verpflichtungen und Vorzügen war ein herrschaftliches Amt. Diese Idee des Amtes der Dienst, wandelte sich nach der Vertreibung des Handwerkers am Platz an seinen Mitbürgern, dem organisierten Gemeinwesen. Die Zünfte und Gilden waren selbständige Verbände und auf das Wohl-

ergehen ihrer Angehörigen in erster Linie bedacht. Aber sie übten sich auch als Organe der Stadt und erfüllten öffentliche Aufgaben zum Besten des Gemeinwohls. Solange der städtisch herrschende Genossenschaftsgeist des Mittelalters wirkte, die Herrschaft hatte, konnte der Egoismus einzelner Menschen oder ganzer Gruppen sich nur sehr schwer breitmachen. Der Gemeinschaft mußte sich alles unterordnen.

Die Gewerkschaften sind die dritte Form der geschichtlichen Genossenschaft, die für die Sozial- und Wirtschaftsordnung von sehr großer Bedeutung wurden. Mark- und Stadtgenossenschaften von damals und die Gewerkschaften von heute sind Abwehrorganisationen; allerdings nicht gleicher Art. Sie bilden Vereinigungen zum Zwecke der Selbsthilfe und entstanden, um eine bedrückte Schicht von Unterdrückung sowie Ausbeutung zu befreien und sie dadurch künftig zu schützen. Zünfte und Gilden befreiten die Abhängigkeit der mittelalterlichen Menschen von den Grundherren. Die Gewerkschaften haben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft verbessert und wurden dadurch Bollwerke gegen den Druck des Kapitalismus. Nicht wirtschaftliche Zwecke gaben den Anstoß zur Gründung von Gewerkschaften. Der Ausgangspunkt war die gemeinsame Not der Arbeiterschaft, die um eine soziale Ordnung kämpft.

Ist die geschichtliche Aufgabe der Gewerkschaften erfüllt? Angesichts der Lage der Arbeiterschaft und der Bestrebungen der Arbeitgeber sowie der ihnen nahestehenden gesellschaftlich Bevorrechteten wird die Frage niemand bezagen können. Heute gilt es mehr denn je, den Gedanken des Verbundenseins und Zusammenstehens einer gemeinsamen Sache gegenüber in den arbeitstätigen werkschaftlichen Menschen zu wecken. Gleichgültigkeit und Mitleidlichkeit sind die tödlichen Kräfte in der Gefangenschaft geworden; höchsten lassen sie dem Gegner. Auch die Hoffnung auf staatliche Hilfe durch die sozialpolitische Gesetz-

gebung ist fruchtlos. Ohne starke Gewerkschaften ist der Bestand und die Entwicklung der Sozialpolitik gefährdet. Außerdem ist sie nicht das letzte Ziel der Arbeiterbewegung. Um ein Bild zu gebrauchen: Man kann die Arbeiterschaft mit einem Bäumchen vergleichen, das durch einen Pfahl (Sozialpolitik) gestützt wird. Es kommt nun darauf an, dem Bäumchen von den Wurzeln her so viel Kraft zuzuführen, daß man den Pfahl wegzunehmen kann. Allerdings fehlt keine Wegnahme eine Neuordnung der Arbeitswelt voraus. Mit dem Vorhergehenden soll natürlich kein Wort gegen die Sozialpolitik gesagt sein. Zur Zeit ist sie unbedingt notwendig, weil sie abmildernd ist und eine Bestimmung sowie Kräftigung der Arbeiterschaft ermöglicht. Die Ueberwindung des Lohnarbeiter-schicksals ist jedoch der Sozialreform vorbehalten.

Johann M a u b a c h

Allgemeine Rundschau

Zwei sehr aktuelle Lichtbildserien
Im Vordergrund des politischen und wirtschaftlichen Interesses steht wiederum die Frage der Reparationen. Wenn die Wirtschaft entspannen und die Finanzen ausgeglichen werden sollen, ist unbedingt eine Neuregelung der gesamten Reparationsfrage erforderlich. — Ein jeder deutscher Staatsbürger sollte sich genau darüber informieren, wie sich heute das Reparationsproblem nach einem Jahr Youngplan auswirkt und wie eine Zukunftsentwicklung sich gestalten möchte. — Diese Information bezweckt eine neue Lichtbildserie, die die Reichszentrale für Heimatdienst herausgegeben hat.

Reparationen — Deutschlands Schicksalsfrage. 40 teils kolorierte Bilder mit ausführlichem Text.

Eine weitere Serie ist dem Wegbereiter deutscher Freiheit und Einheit
Dem Reichspräsidenten vom und zum Stein, gewidmet, zur Erinnerung an seinen Todestag, den 29. Juni 1931. Beide Lichtbildserien können leihweise und auch käuflich durch die Landesabteilungen bezogen werden.

Jugendpflege ist nicht nur für die Jugend, die damit in Verbindung kommt, von Bedeutung, sondern sie hat einen sehr großen Wert für unser Volk und seine Zukunft. Wenn wir uns heute besinnungsvoll umsehen, finden wir so viele Mängel, die ihre Kinder nicht weise machen und ihnen nicht helfen können, die eben der Jugendpflege obliegen. Die Jugendpflege ist der Weg, der späteren Generationen Mut und Stärke gibt, die ihre Kinder weise machen, die sie nicht überfordert, sondern sie auch erzieht.

Wir wollen den jungen Menschen helfen, das heißt aber nicht, ihn zu erziehen, sondern er soll frei sein, soll seine Kräfte entwickeln können, aber er soll lernen, sich selbst zu beherrschen, was vor allem in der Jugendzeit, was die Eltern gebietet. Er soll wissen, daß er über sich selbst hinauswachen muß, daß er die Verantwortung trägt, daß er die Verantwortung trägt, daß er die Verantwortung trägt.

Wir wollen den jungen Menschen helfen, das heißt aber nicht, ihn zu erziehen, sondern er soll frei sein, soll seine Kräfte entwickeln können, aber er soll lernen, sich selbst zu beherrschen, was vor allem in der Jugendzeit, was die Eltern gebietet. Er soll wissen, daß er über sich selbst hinauswachen muß, daß er die Verantwortung trägt, daß er die Verantwortung trägt, daß er die Verantwortung trägt.

Wir wollen den jungen Menschen helfen, das heißt aber nicht, ihn zu erziehen, sondern er soll frei sein, soll seine Kräfte entwickeln können, aber er soll lernen, sich selbst zu beherrschen, was vor allem in der Jugendzeit, was die Eltern gebietet. Er soll wissen, daß er über sich selbst hinauswachen muß, daß er die Verantwortung trägt, daß er die Verantwortung trägt, daß er die Verantwortung trägt.

Wir wollen den jungen Menschen helfen, das heißt aber nicht, ihn zu erziehen, sondern er soll frei sein, soll seine Kräfte entwickeln können, aber er soll lernen, sich selbst zu beherrschen, was vor allem in der Jugendzeit, was die Eltern gebietet. Er soll wissen, daß er über sich selbst hinauswachen muß, daß er die Verantwortung trägt, daß er die Verantwortung trägt, daß er die Verantwortung trägt.

Wir wollen den jungen Menschen helfen, das heißt aber nicht, ihn zu erziehen, sondern er soll frei sein, soll seine Kräfte entwickeln können, aber er soll lernen, sich selbst zu beherrschen, was vor allem in der Jugendzeit, was die Eltern gebietet. Er soll wissen, daß er über sich selbst hinauswachen muß, daß er die Verantwortung trägt, daß er die Verantwortung trägt, daß er die Verantwortung trägt.

Wir wollen den jungen Menschen helfen, das heißt aber nicht, ihn zu erziehen, sondern er soll frei sein, soll seine Kräfte entwickeln können, aber er soll lernen, sich selbst zu beherrschen, was vor allem in der Jugendzeit, was die Eltern gebietet. Er soll wissen, daß er über sich selbst hinauswachen muß, daß er die Verantwortung trägt, daß er die Verantwortung trägt, daß er die Verantwortung trägt.

Sie haben mir die recht gut verpackte Gemeindefestungsbox mitgebracht, die ich mir recht bald holen möchte. Die Gemeindefestungsboxen, so wie ich sie in jener Woche an uns selbst erfahren haben, in ihrer Art und Weise hinreichend tragend.

Arbeiterinnen-Kurhus

Im Alter Wochen in erster Arbeit zu verbringen, können wir in demselben mit 30 Kolleginnen aus verschiedenen Zusammenhängen. Das Schöne, und das Beste, ist, daß wir in jeder Woche eine vorzügliche und notwendige Erleichterung für unsere wirtschaftliche Bewegung, Sparten, Einsparung und doch in der Industrie 88 Prozent Arbeiterinnen, und so tut es bitter not, uns als Mitbewerberinnen in der Wirtschaft mehr zu schulen, zu orientieren.

Unser Kurhus würde morgens abhalten von Herrn Prof. Dr. Schaefer, nachmittags von Frau Schaefer. In der ersten Woche war die geistige Arbeit etwas schwerer zu verdauen, waren uns doch manche Schwierigkeiten passiert. Die letzten zwei Wochen ist es ein wenig leichter, das heißt, die geistige Arbeit ist nicht so schwer, wie sie in der ersten Woche war. Das heißt, die geistige Arbeit ist nicht so schwer, wie sie in der ersten Woche war.

Unser Kurhus würde morgens abhalten von Herrn Prof. Dr. Schaefer, nachmittags von Frau Schaefer. In der ersten Woche war die geistige Arbeit etwas schwerer zu verdauen, waren uns doch manche Schwierigkeiten passiert. Die letzten zwei Wochen ist es ein wenig leichter, das heißt, die geistige Arbeit ist nicht so schwer, wie sie in der ersten Woche war.

Unser Kurhus würde morgens abhalten von Herrn Prof. Dr. Schaefer, nachmittags von Frau Schaefer. In der ersten Woche war die geistige Arbeit etwas schwerer zu verdauen, waren uns doch manche Schwierigkeiten passiert. Die letzten zwei Wochen ist es ein wenig leichter, das heißt, die geistige Arbeit ist nicht so schwer, wie sie in der ersten Woche war.

Unser Kurhus würde morgens abhalten von Herrn Prof. Dr. Schaefer, nachmittags von Frau Schaefer. In der ersten Woche war die geistige Arbeit etwas schwerer zu verdauen, waren uns doch manche Schwierigkeiten passiert. Die letzten zwei Wochen ist es ein wenig leichter, das heißt, die geistige Arbeit ist nicht so schwer, wie sie in der ersten Woche war.

Unser Kurhus würde morgens abhalten von Herrn Prof. Dr. Schaefer, nachmittags von Frau Schaefer. In der ersten Woche war die geistige Arbeit etwas schwerer zu verdauen, waren uns doch manche Schwierigkeiten passiert. Die letzten zwei Wochen ist es ein wenig leichter, das heißt, die geistige Arbeit ist nicht so schwer, wie sie in der ersten Woche war.

Unser Kurhus würde morgens abhalten von Herrn Prof. Dr. Schaefer, nachmittags von Frau Schaefer. In der ersten Woche war die geistige Arbeit etwas schwerer zu verdauen, waren uns doch manche Schwierigkeiten passiert. Die letzten zwei Wochen ist es ein wenig leichter, das heißt, die geistige Arbeit ist nicht so schwer, wie sie in der ersten Woche war.

Handwörterbuch

Zeitschrift für Textilarbeiter-Zeitung

1931 Juni Nr. 6

Die kulturelle Bedeutung des Wanderns.

Im heutigen technischen Zeitalter fühlen die Menschen in ihrer Seele ein ungesättigtes Verlangen nach Bewegung, nach Abenteuer, nach Entdeckung. Das ist ein tiefes Verlangen, das aus dem grauen Spinnweb der Zivilisation und der technischen Fortschritte erwacht. Die Seele will sich bewegen, sie will sich entfalten, sie will sich erproben. Das ist die kulturelle Bedeutung des Wanderns. Es ist nicht nur eine körperliche Bewegung, sondern es ist eine geistige Bewegung, eine Bewegung der Seele. Es ist eine Bewegung, die uns von der gewöhnlichen Lebensweise wegführt, die uns in eine neue Welt führt, die uns in eine neue Welt führt.



Wanderer auf dem Bergpfad

Das Wandern hat eine große kulturelle Bedeutung. Es ist eine Bewegung, die uns von der gewöhnlichen Lebensweise wegführt, die uns in eine neue Welt führt, die uns in eine neue Welt führt. Es ist eine Bewegung, die uns von der gewöhnlichen Lebensweise wegführt, die uns in eine neue Welt führt, die uns in eine neue Welt führt.

Das Wandern hat eine große kulturelle Bedeutung. Es ist eine Bewegung, die uns von der gewöhnlichen Lebensweise wegführt, die uns in eine neue Welt führt, die uns in eine neue Welt führt. Es ist eine Bewegung, die uns von der gewöhnlichen Lebensweise wegführt, die uns in eine neue Welt führt, die uns in eine neue Welt führt.

Soziale Unternehmer - ?

Aus dem Münsterland wird uns von einem Kollegen geschrieben:

Die Rechtsordnung ist eine soziale Institution. Das Arbeitsrecht und somit auch der Tarifvertrag fallen auch unter die Rubrik: Rechtsordnung.

Das soziale Empfinden auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes ist aber bei einigen Arbeitgebern sehr gering. Ein Anrecht auf gerechten Lohn scheint der Arbeiter nach Ansicht dieser Arbeitgeber nicht zu haben. Selbst das, was die Arbeitgeber im Tarifvertrag durch ihre Sympathie als Mindestlohn anerkannt haben, wird von einzelnen Arbeitgebern einfach nicht gezahlt.

Hierfür ein Beispiel: In einem Betriebe im Münsterlande mit circa 800 Arbeitnehmern wird der Tarifvertrag mit allen zu Gebote stehenden Mitteln umgangen. Der Manteltarifvertrag der münsterländischen Textilindustrie sieht für die Arbeitszeit über 48 Stunden in der Woche einen Zuschlag von 25 Prozent vor. Ebenso muß nach demselben Vertrage für Nachstunden 25 Prozent Zuschlag gezahlt werden. Was sagt aber der betreffende Arbeitgeber? "Prozente bezahle ich grundsätzlich in keinem Falle." Als nun vom Betriebsrat sowie vom Zentralverband christlicher Textilarbeiter dagegen protestiert wurde, da verhandelte der Arbeitgeber bezw. dessen Beauftragte mit jedem Arbeiter einzeln. Diese Verhandlung lautete etwa folgendermaßen: "Angeichts des schlechten Geschäftsganges bin ich nicht in der Lage, die tariflichen Zuschläge zu zahlen. Wenn Sie ohne die Zuschläge arbeiten wollen, dann können Sie 54 Stunden in der Woche und darüber hinaus weiter arbeiten. Falls Sie aber ablehnen, werde ich das Mehrschichten-system einführen und jede dieser Schichten 24 Stunden in der Woche arbeiten lassen." Was die betreffenden Arbeiter unter diesem schweren wirtschaftlichen Druck für eine Antwort gegeben haben, läßt sich leicht erklären; hier es doch: entweder du verzichtest auf deinen tariflichen Zuschlag oder du hungerst mit deiner Familie. Von den meisten wurde das Erste gewählt. Eine Abteilung, die den Mut aufwachte, die Forderung abzulehnen, arbeitet jetzt schon seit Jahresfrist 24 Stunden in der Woche. Wer ohne die Zuschläge arbeitet, der kann natürlich auch in dieser Abteilung mehr arbeiten. Verlangt aber ein einzelner in einer anderen Abteilung keine Zuschläge, so wird demselben kurzerhand erklärt, daß er sich für alle Zeiten den Weg zum Betriebe verbaue. So wurden u. a. Familienväter kaltblütig auf die Straße gesetzt; natürlich unter dem Deckmantel "Betriebsumstellung", obwohl genügend doppelverdienende Ehefrauen im Betriebe beschäftigt sind.

Diese Entlassenen klagen ihre rückständigen tariflichen Zuschläge am Arbeitsgericht ein. Am Tage vor dem Termin wurde jedoch den Klägern von dem Beklagten das Geld zugesandt.

An diesem Fall sieht man wieder klar, daß die Arbeitgeber recht gut wissen, was sie zu zahlen haben; jedoch wollen einzelne derselben den Arbeitern wissenschaftlich und abfällig ihren verdienten Lohn vorenthalten. Wollte es geschieht das nur aus dem Grunde, um zu zeigen, daß sie unumschränkte Herrscher in ihrem Betriebe sind.

Ob solche Unternehmer glauben, sie hätten nur allein Lebensberechtigung, und zwar aus dem Grunde, weil sie die glücklichen Besitzer von Produktionsmitteln sind? Der Arbeiter stellt nicht sein Kapital - er hat nämlich keins - aber etwas Höheres und Besseres im Produktionsprozeß zur Verfügung, und zwar seine Arbeitskraft, Gesundheit und Leben des Arbeiters, sind im Betriebe gefährdet. Wer aber alles gibt, was er hat, sein ganzes Ich, dem darf auch die Existenzberechtigung nicht in Frage gestellt werden.

Eines steht fest: das durch derlei Dinge immer größere Arbeitermassen dem Radikalismus zugetrieben werden. Für uns als Arbeiter ergibt sich hieraus die Lehre, daß wir alle reiflos organisiert sein müssen, um uns in derartigen Fällen besser durchsetzen zu können. Ein fester Zusammenschluß im Zentralverband christlicher Textilarbeiter ist die beste Antwort für diese Qualität der Arbeitgeber.

Ein Musterbetrieb in Ebingen

Diesem Unternehmen darf die Firma Gottlieb Ott & Sohn in Ebingen für sich in Anspruch nehmen, allerdings im umgekehrten Verhältnis, als wie man sonst den Begriff "Musterbetrieb" im landläufigen Sinne versteht. Diese Firma kann es immer noch nicht begreifen, daß die Zeiten anders geworden sind, und daß man heute mit den Arbeitern nicht mehr machen kann was man will. Sie stellt sich heute noch auf den Standpunkt, daß bestehende Tarifverträge für sie nicht vorhanden sind, und daß Arbeiter, die ihren gerechten Lohn verlangen, als nicht mehr zurechnungsfähig zu betrachten sind.

Als im Januar d. J. die Löhne für die württembergische Textilindustrie neu geregelt wurden, waren im Betriebe der Firma immer noch einige Arbeiter, die nicht den Tariflohn erhielten. Diese Arbeiter übergaben ihrer Organisation die Angelegenheit zur Regelung. Die Organisation wandte sich zunächst schriftlich an die Firma und machte sie auf ihr unrechtmäßiges Handeln aufmerksam. Die Firma aber zog es vor, auf dieses Schreiben überhaupt nicht zu reagieren und bestätigte dadurch die Missetaten selbst. Wären die Missetäter nicht vorhanden gewesen, so hätte man schon anstandslos erwarten dürfen, daß Schreiben, selbst wenn sie nicht angenehmer Natur sind, mindestens beantwortet werden. Aber die Anstandslehre wird eben von vielen Leuten nach ihrem Geizmaß ausgelegt. Darüber läßt sich so beklammlich streiten. Der Arbeitgeberverband, dem die Firma als Mitglied angehört, bezeichnete die Behauptungen der Arbeiter als unzutreffend und behauptete, daß die Tariflöhne erreicht würden.

Der christliche Textilarbeiterverband erhob nun am Arbeitsgericht Klage auf Bezahlung der Tariflöhne. Auf Grund von Zahlungsausgängen konnte einwandfrei festgestellt werden, daß die Tariflöhne nicht erreicht wurden. Aber immer noch behauptete die Firma, daß sie die tariflich festgesetzten Löhne einhalte. Der christliche Textilarbeiterverband ließ sich aber dadurch nicht bewegen, von der Klage Abstand zu nehmen, sondern verlangte ein Ur-

teil, das die Firma verpflichte, die rückständigen Tariflöhne nachzubahlen. Jetzt gab der Vertreter der Firma klein bei und merkte an, daß die Tariflöhne nicht bezahlt wurden und verpflichtete sich zur Nachzahlung. Man versuchte allerdings, die betreffenden Arbeiter, die ihre Rechte wahrgenommen haben, noch besonders zu treffen, indem man ihnen drohte, sie droilos zu machen. Man erklärte sogar den Arbeitern: "Habt ihr auch noch Verstand, daß ihr den Arbeitgeber verklagen könnt?"

Diese Neuerung zeigt so richtig die Einstellung der Firma Gottlieb Ott Sohn in Ebingen. Zuerst versucht man mit aller Raffinesse, sich um die Bezahlung des Tariflohnes zu drücken, und als die Arbeiter die Zahlung ihrer geringen Löhne verlangen, erklärt man sie für nicht ganz vollwertig. Jetzt allerdings hat auf wiederholtes Vorgehen des Verbandes die Firma sich bequemt, die rückständigen Löhne zu bezahlen. Die Arbeiter sind so durch die Tätigkeit des christlichen Textilarbeiterverbandes in den Genuß der ihnen zustehenden Löhne gekommen. Die Einstellung dieser Firma zeigt so recht, wohin die Arbeiterschaft kommt, wenn die Gewerkschaften, nach dem Plane der Unternehmer, zerschlagen werden sollten. Gerade dieser Firma sind die Gewerkschaften ein Dorn im Auge, und man tut alles, um die Arbeiter von ihnen fernzuhalten. Die Firma selbst sichert sich durch ihre Mitgliedschaft im Arbeitgeberverbande die Stärke der Organisation, nur dem Arbeiter soll es nicht gestattet sein, daselbe zu tun. Die Arbeiterschaft wird wissen, was sie zu tun hat.

Drei Jahre bestand bei dieser Firma kein Betriebsrat, erst in diesem Jahre wurde wieder ein neuer Betriebsrat gewählt. Der Tarifvertrag sieht auch vor, daß die Akkordarbeiter ihre Wartestunden bei Reparaturen und Warten auf Material vergütet bekommen. Auch hierum kümmert sich die Firma nicht. Man stellt sich auf den Standpunkt, daß man in seinem Betrieb tun und lassen könne, was man wolle, selbst Tarifverträge betrachtet man als nicht vorhanden. Dabei ist man aber Mitglied derjenigen Organisation, die diese Tarifverträge abjüngelt. Der Arbeiter hat im Betriebe nur zu arbeiten und sich ruhig zu verhalten, andernfalls steigt er aufs Pflaster. Die Arbeiterschaft gerade dieses Betriebes tut gut daran, sich reiflos der Organisation anzuschließen, da diese allein die Möglichkeit bietet, solche Seitenprünge eines Unternehmers in die notwendigen Schranken zu weisen.

Stillegung der Schappespinnerei Zell i. W.

Die Firma Zimmerlin, Forcart & Cie. in Zell i. W. hat letztes Jahr um diese Zeit ihren Betrieb schon einmal stillgelegt und gegen Herbst des vergangenen Jahres wieder eröffnet. Die Betriebszeit zählt heute noch circa 200 Leute. Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat die Firma nun erneut Stillegungsantrag gestellt. Die Ursache dieser Maßnahme soll in der sehr schlechten Geschäftslage des Seidenmarktes liegen, unter der besonders die Schappeindustrie zu leiden habe. Der Arbeiterschaft und dem Schwarzvertriebsstande Zell wäre zu wünschen, daß sich die Geschäftslage der Seidenbranche bald bessert und daß von der Schließung dieses Betriebes Abstand genommen würde.

Wo bleiben die Großenpensionäre?

Rücksichtslos greift die Notverordnung durch Kürzung der Leistungen in der Arbeitslosen- und Krüpfenfürsorge und in der Wohlfahrtsunterstützung in den knappen Existenzraum der armen Volkschichten ein. Die Unterstützungen der Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen werden durch neue erheblich gekürzt. Die verbleibenden unzulänglichen Unterstützungen bringen die Lebenshaltung bedenklich an die Grenze eines kulturwürdigen Existenzniveaus überhaupt. Mit Recht weisen die Betroffenen immer wieder auf den Gegensatz ihrer knapp bemessenen geringen Unterstützungen, und die reichen Bezüge der Großenpensionäre auf Staatskosten hin. Man beschämte nicht mit "Ausnahmefällen" komme nicht mit dem Argument, daß angesichts der geringen Zahl dieser Großenpensionäre die finanziellen Auswirkungen volkswirtschaftlich bedeutungslos seien. Die Summe dieser oberen Pensionen um und über 1000,- RM monatlich geht in die Millionen und stellt auch für den Staatssäckel einen ganz erheblichen Betrag dar. Vor allem aber muß nach der sozialen Seite hin die Tatsache bedenklich erscheinen, daß trotz der ungeheuren Not der unteren Volkschichten noch immer einige tausend Menschen in Deutschland auf Staatskosten ein mehr oder weniger unipiges Leben führen können; Menschen, die zu einem großen Teil das allerwenigste für diesen Staat getan haben - wenn sie ihn nicht gar auf eigene Kosten behaupten.

Hier einige Zahlen, die "Der Deutsche" veröffentlicht: 136 Offiziere mit Generalpension erhalten insgesamt 2.316.000 Mark, das sind pro Kopf und Jahr durchschnittlich 16.983 Mark; 278 Offiziere mit Generalleutnantenpension insgesamt 5.828.000 Mark, also durchschnittlich 20.964 Mark; 166 Generalmajore in der Stellung eines Divisionskommandeurs 2.163.000 Mark, durchschnittlich 13.023 Mk.; 681 Generalmajore insgesamt 7.781.000 Mk., durchschnittlich 11.442 Mark. Dazu kommen die entsprechenden Chargen der Marine, dann haben wir einen Gesamtbetrag von 21.359.000 Mark allein für die höheren Offiziere des früheren Regimes.

Für die Hälfte der 104 Invalidenpensionäre gehört ebenfalls der kaiserlichen Zeit an. Ehemalige kaiserliche Staatssekretäre erhalten rund 25.000 Mark im Jahr. Natürlich sind auch die Pensionen der Reichkriegszeit zu kürzen. Nicht zu vergessen viele frühere hohe Beamte, die ihre Staatspension beziehen und gleichzeitig in der Privatwirtschaft hochdotierte Stellen einnehmen.

Wo bleibt hier das Volkswort? Die Regierung hat nach ihrer Mitteilung keine gesetzliche Handhabe, von sich aus durch die Notverordnung diese Bezüge entsprechend zu kürzen. Das wäre nur möglich, wenn das dem Reichstage vorliegende Pensionskürzungsgesetz mit zwei Drittel Mehrheit angenommen wird. Es ist bezeichnend für

Akkordlohnsetzung bei Gebr. Großmann in Brombach (Baden)

Bei der Firma Gebr. Großmann in Brombach sind Anfang Mai wegen Akkordlohnkürzungen Differenzen in den Abteilungen Spulerei und Zettlerei ausgebrochen. Die Firma hatte den Beteiligten das Arbeitsverhältnis gekündigt und die Weiterbeschäftigung zu den von der Firma vorgeschlagenen Akkordlöhnen angeboten. Die betroffene Belegschaft stellte darauf mit Ablauf der Kündigungszeit die Arbeit ein und betrachtete sich als ausgeperrt. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses versuchte zu vermitteln, jedoch ohne Erfolg. Ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses konnte wegen des bestehenden rechtsgültigen Tarifes nicht gefällt werden. Die Parteien einigten sich, den Schlichtungsausschuss als eine vereinbarte Schiedsstelle anzuerkennen und einen Spruch als für beide Teile bindend zu betrachten. Mit Rücksicht auf diese Einigung erließ dann die Schiedsstelle folgenden einstimmigen

Schiedsspruch:

1. Für die am 22. Mai 1931 beginnende Zahltagsperiode gelten für die Zettlerei und Spulerei die alten, ungekürzten Akkordlohnsätze. Für die darauffolgende Zahltagsperiode werden diese Sätze um 40 Prozent des von der Firma vorgeesehenen Abbaues, und für die darauffolgende Zahltagsperiode um weitere 35 Prozent des vorgeesehenen Abbaues gekürzt.
2. Maßregelungen finden nicht statt. Die Wiedereinstellungen erfolgen nach Maßgabe der betriebstechnischen Möglichkeiten.
3. Auf Schadenersatzansprüche aus Anlaß dieses Arbeitskampfes wird von allen Beteiligten verzichtet.
4. Die Anwartschaften aus den Einzelarbeitsverhältnissen gelten als nicht unterbrochen.

Nach Abschluß dieser Differenz hat die Firma am 29. Mai auch den Tagelöhnen und den Akkordarbeitern der Beherei die bisherigen Löhne zum 15. Juni gekündigt mit dem Hinweis, daß ab diesem Termin neue Lohnsätze in Kraft treten, die sich auch auf der Sechsfuhrweber beziehen müßten. Die Arbeiter auf der Grundfläche des bisherigen Drei- und Vierstuhlweberwerks setzen wegen der starken Konkurrenz nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die Arbeiterschaft der Beherei erleidet dadurch eine erhebliche Einbuße ihres bisherigen Verdienstes, die umso fühlbarer wird, als schon seit Jahren dort Kurzarbeit in erheblichem Umfange zu verzeichnen ist. Die Einregulierung der Akkordlöhne auf den jetzigen Lohnsatz erfolgt damit in einer Weise, daß Akkordübererdienste kaum noch in Erscheinung treten können. Dies hat bei der beteiligten Arbeiterschaft begrifflicherweise großen Unwillen hervorgerufen. Für einen Beschluß der Arbeiterschaft soll der Arbeiterausschuss in diesem Falle den Schlichtungsausschuss um Vermittlung anrufen. Die Arbeiterschaft ist zu drei Viertel unorganisiert und scheint trotz allem noch nicht zu einer vernünftigen und realen Gewerkschaftsauffassung sich durchringen zu können. Brombach gerade ist auch ein Ort, an dem schon alle extremen Experimente zur Anwendung kamen und immer mit einem Fiasko endigten. Vielleicht kommt doch noch bald die Einsicht, daß letzten Endes nur ein Zusammenschluß im Zentralverband christlicher Textilarbeiter Sicherheit und praktische Erfolge bringen kann.

unserer "Volksvertreter" im Reichstage, daß sich diese zwei Drittel Mehrheit nicht findet. Man kann die Ankündigung des Arbeitsministers Stegerwald begrüßen, an diese Großenpensionäre heranzutreten, um sie zu einem freiwilligen Verzicht auf einen Teil ihrer Bezüge zu bewegen. Ein solcher Schritt und sein Ergebnis müßte natürlich der gesamten Bevölkerung bekanntgegeben werden. Aber an sich darf das nicht genügen. Wenn unsere "Volksvertreter" in den Parlamenten nicht Verantwortungsgesühl genug aufbringen, um mit zwei Drittel Mehrheit das vorliegende Pensionskürzungsgesetz zu verabschieden, dann wird nichts anderes übrig bleiben, als auf verfassungsmäßigem Wege durch das Volk selber seine Verabschiedung durchzusetzen. Der gegenwärtige Zustand spricht aller sozialen Gerechtigkeit Sohn.



Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit

Monat Mai 1931

Der Monat Mai brachte einen Rückgang in der Vollarbeitslosigkeit um 1,5 Prozent. Von 18,4 Prozent im April ging diese auf 16,9 Prozent zurück.

Die Kurzarbeit besteht im Berichtsmontat in gleicher Höhe wie im Vormonat, d. h. sie ist sogar um ein geringes gestiegen, und zwar sind es 33,0 Prozent, gegenüber 32,3 Prozent des Vormonats.

Die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Branchen hat sich insoweit etwas verschoben, daß sie fast in allen Branchen gleich hoch ist. Eine Ausnahme machen nur die Leinen- und Wirkereibranchen, die 20 bzw. 22 Prozent haben, wogegen sie in allen anderen Branchen so um 16 Prozent liegt.

Eine nennenswerte Verschiebung bei der Kurzarbeit ist nur für die Leinen- und Jutebranche zu melden. Bei der ersteren stieg die Zahl von 47 Prozent auf 59,8 Prozent, bei der letzteren ging sie von 35,8 Prozent auf 26,2 Prozent zurück.

Am besten beschäftigt ist die Seiden-, Woll-, Jute- und Gardinenbranche.

Table with 4 columns: Branche, Vollbeschäftigt, Arbeitslos, Kurzarbeit. Rows include Seide und Kunstseide, Wolle, Baumwolle, Leinen, Jute, Strickerei, Wirkerei, Gardinen, Spitzen, Tüll, Sonstiges.

Noch immer Textilstreik in Nordfrankreich

Nach dem zweifelhafte Vorüber des Streiks in der nordfranzösischen Textilindustrie ist noch immer keine Beilegung der Differenzen abgesehen. Insgesamt befinden sich 120 000 Arbeiter im Streik.

Die Ausführungsbestimmungen der Notverordnung.

Sofort nach dem Erscheinen der Notverordnung haben in den einzelnen Reports Berechnungen über den Inhalt der Ausführungsbestimmungen zu den einzelnen Paragraphen der Notverordnung begonnen.

Das Reichsarbeitsministerium hat in diesen Tagen mit den Berechnungen über die Ausführungsbestimmungen des Teiles 'Arbeitszeit' der Notverordnung begonnen.

Das Gleiche trifft für eine Reihe von anderen Bestimmungen und Personengruppen auf die Ausführungsbestimmungen der Arbeitslosenversicherung zu.

Aber nicht nur für die Arbeitszeitverkürzung und die Arbeitslosenversicherung müssen Durchführungsbestimmungen erlassen werden, sondern es gilt auch das Schlußwort 'freiwilliger Arbeitsdienst' zu einer paragrafenmäßigen Festlegung zu bringen.

Die christlichen Gewerkschaften in Gladbach-Rheydt zur Notverordnung.

Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften für Gladbach-Rheydt und Umgegend versammelte am 19. Juni 1931 im Rospinghaus zu W-Glabdach eine Kundgebung zur Notverordnung.

Nach etwa zweistündiger Versammlungsdauer wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, der wir folgendes entnehmen: Die Notverordnung der Reichsregierung vom 5. Juni 1931 ist in ihrer praktischen Auswirkung kein allgemeines, sozial gerechtes Volksoffer.

Außerdem trifft die Notverordnung die Arbeitslosenversicherung und somit die Arbeitslosen. Die Kürzung der Unterstützungssätze in den oberen Lohnklassen erfolgt in einem Ausmaße, welches ein gerechtes Verhältnis zwischen Beitrag und Leistung vermissen läßt.

Die unterschiedliche Festsetzung der Krisensteuer für Lohn- und Gehaltsempfänger und rentenempfangende Einkommenssteuerpflichtige, die Befreiung der Landwirtschaft von der Krisensteuer (bei den Einkommen bis zu 6000 Mark) und die unerschwinglich hohe Kreisrate für die Doppelheranziehung in der Krisensteuer mit 16 000 RM Gehaltseinkommen, muß als eine einseitige Ueberbelastung und Benachteiligung der Arbeiterschaft bezeichnet werden.

Der verhängte Wegfall der Lohnsteuerrückzahlung ist für den Arbeiter, den die Krise trifft, ein bitterer Schlag. Die Arbeiter erwarten, daß die Krise nicht nur für den Arbeiter, sondern auch für den Arbeitgeber ein schwerer Schlag sein wird.

Die christliche Arbeiterschaft erwartet, daß die Reichsregierung tatkräftig an der Senkung der Lebenshaltungskosten arbeitet. Der innere Aufbau des Reiches politisch und verwaltungsmäßig muß durchgreifend vereinfacht werden.

Aus der Jugendbewegung

Einladung der weiblichen Jugendgruppe Döhrup.

Da wir auf unserer Spielverammlung beschlossen hatten, eine Sangsingenwanderung zu machen, so machen wir uns am Sonntag, dem 21. Mai 1931, um 8.45 Uhr, nachdem wir unsere Sonntagsgesänge gesungen hatten, auf Soltau's Weg.

Berichte aus den Ortsgruppen

Grabenfest. Am 17. Mai hielt die Zahlstelle Gradenfrei ihre fällige Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Franz (Kangenberg), konnte zur Eröffnung wieder einige neue Mitglieder begrüßen.

Lugau/Erzgebirge. Am Sonntag, dem 14. Juni, veranstaltete das Kartell Lugau der christlichen Gewerkschaften einen Ausflug nach der 'Radenhänke'.

Nach der Versammlung kam auch der frohe, gesellschaftliche Teil zu seinem vollen Recht. Nachdem sich die Teilnehmer ausgerüstet und mit vorzüglichem Butterbrot und Käse gestärkt hatten, ging es mit klingendem Spiel und Gesang wieder der Heimat zu.

Diesem. Die schweren Belastungen der Arbeiterschaft durch die neue Notverordnung machten es notwendig, die Führer, Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute, Betriebsratsmitglieder und die Jugendleiter und -führerinnen zu einer Konferenz zusammen zu rufen.

Der Kollege Müller, Düsseldorf, behandelte die Notverordnung. Nach einem 15-minütigen Vortrage mit anschließender, zum Teil recht lebhafter Aussprache wurde in einer Entschließung die Meinung der Konferenz niedergelegt.

Den Protesten des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands schließen sich die Teilnehmer der Konferenz in allen Punkten an.

Inhaltverzeichnis. Artikel: Nun aber Schluss! — Was ist Not! — Wie ist das Ende? — Die Grenze ist erreicht! — Soziale Unternehmer? — Ein 'Kaufbetriebl' in Obingen — Gründung der Schappepinnerer-Zell i. G. — Arbeitslosenversicherung der Weber-Großmann in Brombad (Baden) — Wo bleiben die Großrentner? — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit — Noch immer Textilstreik in Nordfrankreich — Die Ausführungsbestimmungen der Notverordnung — Die christlichen Gewerkschaften in Gladbach-Rheydt zur Notverordnung — Genikleton — Die geschichtliche Bewegung — Allgemeine Rundschau — Aus der Jugendbewegung — Berichte aus den Ortsgruppen — Inserate.

Grüßleitung: Otto Raier, Düsseldorf, Grafstr. 7.

Advertisement for 'Heil- und Wundermittel' (Healing and Wonder Medicine) with text about its benefits and contact information.

Advertisement for 'Dillgebömmische Bettfedern' (Dill-Down Bedding) with details about quality and prices.